

2343/J XX.GP

ANFRAGE

des Abgeordneten Anschöber, Freundinnen und Freunde
an den Bundeskanzler

betreffend "Tod der Kreuzzugspolitik Österreichs gegen die Kernenergie"

Speziell seit dem Kanzlerwechsel hüllt sich die Bundesregierung im Zusammenhang mit einer offensiven Anti-Atompolitik zur Schaffung eines "kernenergiefreien Mitteleuropa" in Schweigen. Offenbar ist geplant - entgegen früherer Beteuerungen, in dieser Frage speziell auch innerhalb der EU eine Vorreiterrolle einzunehmen - einen neuen Kurs Richtung Akzeptanz der Atompolitik der EU und der kernenergienutzenden osteuropäischen Länder einzuschlagen. Aus einem Interview des BM Bartenstein etwa geht hervor, daß gefährliche Kernkraftwerke, wenn sie nicht stillgelegt würden, "westlichen Sicherheitsstandards" genügen sollten (ÖÖN, 13. 3. 97). Den aktuellen Höhepunkt in dieser Frage stellt aber eine Aussage des Energie-Sektionschefs Bruno Zluwa dar, der im Standard (28. 4. 97) erklärt, daß die Kreuzzugspolitik Österreichs gegen die Kernenergie tot sei, man sich auf eine vernünftige Position zurückziehen, und eine "möglichst große Sicherheit" der AKWs im Osten anstreben werde.

An den Beispielen der halbfertigen Reaktoren in Temelin und Mochovce zeigt sich, daß mit dieser Argumentation exakt die Linie der Betreibergesellschaften bzw der nach Aufträgen schielenden westlichen Atomindustrie übernommen wird. Die Fertigstellung des KKW Mochovce unter Beteiligung von Frankreich und Deutschland würde in der geplanten Form nach Expertenaussagen nicht einmal mehr in Rußland selbst genehmigungsfähig sein, während offiziell von westlichem Standard gesprochen wird. In den Reaktoren der in Temelin mit der Nachrüstung auf "Weststandard" beauftragten US-Firma Westinghouse ist es alleine in den letzten 7 Jahren zu rund 300 Störfällen mit teils enormem Gefährdungspotential gekommen. Abgesehen vom inakzeptablen Sicherheitsrisiko durch den Ost-West-Technikmix wird in keiner von unabhängiger Seite durchgeführten Berechnung festgestellt, daß es sich bei den betreffenden Reaktoren um die Least-Cost-Option für die Energieversorgung des jeweiligen Landes handeln würde. Auch aus einer Studie im Auftrag der EU und der EBRD zu den geplanten Tschernobyl-Ersatzreaktoren Rovno und Chmelnytsky in der Ukraine heißt es, daß die erforderlichen Finanzmittel wirtschaftlicher und effizienter eingesetzt werden könnten.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

1. Ist es üblich, daß Sektionschefs in den Medien Erklärungen über neue Positionen Österreichs in wesentlichen Politikbereichen abgeben?
2. Wurde diese Erklärung des Sektionschef Zluwa, wonach "die Kreuzzugspolitik Österreichs gegen die Kernenergiepolitik tot ist", mit Ihnen bzw innerhalb der Bundesregierung akkordiert?
3. Welche Konsequenzen ziehen Sie aus dieser Erklärung?
4. Wurde diese neue österreichische Position gegenüber der EU und den betreffenden kernenergienutzenden Ländern in Osteuropa bereits dargestellt?
5. In welchen relevanten nationalen, internationalen und bilateralen Gremien und zu welchen Anlässen wurden seitens des Sektionschefs Zluwa bereits gleichlautende Erklärungen abgegeben?
6. Wann haben Sie sich zuletzt für die Schaffung eines kernenergiefreien Mitteleuropa ausgesprochen und welche diesbezüglichen Aktivitäten haben Sie zuletzt gesetzt, bzw. welche konkreten programmatischen und strategischen Punkte zum Erreichen dieser Zielsetzung sind darin enthalten?
7. Was ist der genaue Zeitplan zur Behandlung der Frage des Umganges mit den sogenannten "Ost-AKW" im Rahmen der geplanten Osterweiterung der EU?
8. In welchen nationalen, internationalen, bilateralen und/oder EU-Gremien wurde bzw wird diese Thematik behandelt, wer nahm bzw nimmt seitens Österreich daran teil, welche Positionen wurden bzw werden dabei vertreten und welche Reaktionen wurden dabei hervorgerufen?
9. Teilen Sie die Einschätzung des EU-Direktors Benavides Salas, wonach Österreichs Position zur Zukunft der osteuropäischen Kernkraftwerke im Rahmen der Osterweiterung der EU eine große Rolle spielen werde (Der Standard, 28. 4. 97)?
10. Wie ist Ihre Position zu den Beschlüssen der Landtage Oberösterreichs und Salzburgs

bezüglich Abschluß von "Atomverträgen" als Voraussetzung für eine Zustimmung Österreichs zu einem möglichen EU-Beitritt Tschechiens oder der Slowakei?

11. Welche Aktivitäten im Sinne diverser Parlamentsbeschlüsse zur Änderung von Euratom, zur Widmung von EU-Finanzierungsinstrumenten für die Erstellung und Umsetzung von Atom-Ausstiegskonzepten in Ostmitteleuropa, bzw im Zusammenhang mit dem von verschiedensten Seiten geforderten Abschluß von Atomverträgen im Rahmen der EU-Osterweiterung werden Sie speziell anlässlich der österreichischen EU-Präsidentschaft im Jahr 1998 setzen, und welche Vorarbeiten dazu wurden bereits geleistet?

12. Was ist die österreichische Position im Rahmen der Erstellung des "Grundsatzpapiers der EU-Kommission" zur Zukunft der osteuropäischen KKW bzw zum neuen Nuklearprogramm der EU-Kommission, PINC, in dem unter anderem der Bau eines "Euro-Reaktor-Prototyps" für die nächsten zwei bis drei Jahre in Aussicht gestellt wird?